

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
194 · Ausgabe AG · Mai 2021



Jetzt eine Mindestlohn-Initiative

Im September des vergangenen Jahres forderte die SP-Fraktion in einem Postulat den Regierungsrat auf, Möglichkeiten für die Festlegung eines kantonalen Mindestlohnes aufzuzeigen. Erfreulicherweise unterstützte der Regierungsrat sogar das Postulat und wollte die entsprechenden Abklärungen treffen. Das letzte Wort dazu hatte aber der Grosse Rat in der Sitzung vom 23. März in diesem Jahr. Es überraschte nicht, dass unser bürgerlich dominiertes Parlament das Postulat mit 70 zu 61 Stimmen ablehnte. Entgegen dem Willen des Regierungsrates.

Wohlgermerkt wurde hier nicht etwa über die Einführung des Mindestlohnes abgestimmt, sondern lediglich darüber, die Möglichkeiten zur gesetzlichen Festlegung eines solchen aufzuzeigen. Damit verschloss eine Mehrheit des Parlaments die Augen vor einem realen Problem: Noch immer werden viele Jobs so schlecht bezahlt, dass der Lohn nicht zum Leben reicht.

Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, dass viele dieser Jobs systemrelevant sind. Für die SP ist klar: Wer Vollzeit arbeitet, soll von seinem Lohn leben können. Aus diesem Grund schlug die Geschäftsleitung in einer Resolution am vergangenen ausserordentlichen Parteitag vom 29. April die Lancierung einer kantonalen Volksinitiative vor, die von den Delegierten auch verabschiedet wurde. Damit

ist der Weg für eine kantonale Volksinitiative geebnet.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau.

100 Tage Regierungsrat

EIGENTLICH SOLLTE ES JA KEINE GROSSE SACHE SEIN MIT DIESEN 100 TAGEN. ABER ES INTERESSIERT HALT. UND SELBER BIN ICH BASS ERSTAUNT, WIE UNGLAUBLICH SCHNELL DIE ZEIT VERGEHT IM NEUEN AMT. SCHULD DARAN SIND VIELE SPANNENDE MENSCHEN. EINE ERSTE BILANZ.

Es liegen – natürlich und nicht ganz unerwartet – drei intensive Monate hinter mir. Der Einstieg ins Amt und die bisherige Arbeit waren leider immer noch geprägt von der Corona-Krise. In meinem Departement DVI geht es darum, die Härtefallmassnahmen für die Aargauer Unternehmen – und damit auch für die Arbeitnehmenden – laufend den Vorgaben des Bundes und den Bedürfnissen anzupassen. Das ist der politische Teil. Der menschliche Teil sind die Einzelschicksale, in die ich hineinsehen kann und die mich beschäftigen.

Überhaupt sind Begegnungen mit Menschen das Prägende der letzten 100 Tage. Anders als noch im Parlament ist meine Arbeit jetzt weniger politisch. Es geht zwar auch um Standpunkte und deren Durchsetzung, aber nicht nur. Es geht vor allem darum, Lösungen zu finden und zu erar-

beiten – sei es jetzt in der Krise so schnell wie möglich, oder sei es auf lange Sicht, möglichst ausgewogen, für möglichst viele. Dazu braucht es immer wieder den Kontakt mit Menschen.

Diese Kontakte muss man gerade jetzt in der Corona-Krise mehr als sonst bewusst anstreben und planen. Es ist mir wichtig, persönliche Kontakte zu pflegen, wenn halt auch meistens nur online. Denn sie sind das Erfüllende an meiner Arbeit. Ich begegne unglaublich engagierten Mitarbeitenden, ganz spannenden Vertreterinnen und Vertretern der verschiedensten Interessengruppen, der Verbände und der Gemeinden – und ganz vielen Menschen, die meine Arbeit unterstützen. Ob in einer sachlichen Arbeitsbesprechung, in einem kreativen Workshop oder in einer kontroversen politischen Diskussion: Es sind die vielen

Begegnungen mit Menschen, die meine langen Arbeitstage so spannend machen.

Wenn wir über die Weiterführung des kantonalen Integrationsprogramms sprechen, dann geht es vor allem um Menschen, die engagiert ihr soziales Umfeld in der Region gestalten. Auch bei der Frage der polizeilichen Sicherheit, die in den nächsten Monaten zu diskutieren sein wird, geht es um Menschen. Selbst bei der Frage nach der Zukunft des Strassenverkehrsamts sind letztlich Menschen am Werk.

Das Schönste, das ich feststellen darf nach 100 Tagen: Die Erkenntnis, dass unsere Arbeit, dass die Politik für Menschen da ist – immer da sein muss. Diese Erkenntnis will ich mir erhalten für meine weitere Amtszeit, wie viele Tage sie auch immer dauern wird.

Dieter Egli von Windisch ist Aargauer SP-Regierungsrat.

KOMMENTAR



ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI

Nein zum Anti-Terrorismugesetz

Terroristische Anschläge verhindern, gegen die Finanzierung des internationalen Terrorismus vorgehen, das eint uns als Gesellschaft. Unsere freiheitliche Gesellschaft kann Ziel von terroristischen Angriffen werden, wir sind angreifbar.

Grundsätzlich müssen wir uns schützen, aber nicht um jeden Preis. Wir leben in einem Rechtsstaat, und den gilt es zu verteidigen, gerade bei diesem Gesetzesvorschlag. In einem Rechtsstaat können Polizist*innen nicht auf blossen Verdacht hin Kinder ab 12 Jahren die Freiheit entziehen. In einem Rechtsstaat wird Freiheitsentzug ab einer gewissen Dauer immer gerichtlich angeordnet. In einem Rechtsstaat gilt die Unschuldsvermutung, bis es einen konkreten Verdacht gibt oder wenigstens, bis Hinweise zu Vorbereitungshandlungen vorliegen.

Terrorist*innen halten sich nicht an Rechte, sie zielen auf die Destabilisierung der Gesellschaft. Wir können dagegenhalten, wir machen aus unserem Staat nicht aus Angst einen Unrechtsstaat. Wir leben in einem Rechtsstaat und wir können dieses Gesetz verhindern.

Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung geht die Schweiz viel weiter als die anderen Staaten. So wurden wir auch von der Menschenrechtskommission der UNO aufgefordert, den Gesetzestext anzupassen, da wir mit unserem Terrorismusbegriff eine gefährliche Präzedenz schaffen, insbesondere für die Herrscher von Unrechtsstaaten. Ja, wir wollen gegen Terrorismus und gegen dessen Finanzierung vorgehen, aber mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Claudia Rohrer von Rheinfelden ist als SP-Grossrätin Co-Fraktionspräsidentin.

Verantwortungslose Steuer-senkungspläne

DER REGIERUNGSRAT HAT DEM DRUCK DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN, DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER UND DES GEWERBEVERBANDS NACHGEBEN: ER SCHLÄGT EINE GEWINNSTEUERSENKUNG FÜR UNTERNEHMEN VOR. ES IST ABER BLAUÄUGIG ZU GLAUBEN, DASS DIE GEPLANTE SENKUNG DEN VON DER CORONA-KRISE GEBEUTELTEN KMU IM KANTON HILFT.

Die Reduktion betrifft ausschliesslich wirtschaftlich starke Unternehmen mit Gewinnen von über einer viertel Million Franken. Profitieren würden nur rund 5 Prozent der gut 25500 im Aargau ansässigen Firmen. Die anderen 95 Prozent, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, werden nicht berücksichtigt. Die Verlierer der Krise werden in Zukunft also doppelt gestraft: Zum einen profitieren sie nicht von der Steuerreduktion, zum anderen werden die Gelder zu ihrer Unterstützung aufgrund der steuerlichen Mindereinnahmen fehlen. Eine Steuerungerechtigkeit sondergleichen!



Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und SP-Nationalrätin.

Neben der Senkung der Unternehmenssteuern will der Regierungsrat auch die Steuerabzüge für Krankenkassenprämien erhöhen. Von solchen Abzügen profitieren vor allem Gutverdienende, denn die Steuerreduktion bei natürlichen Personen muss in absoluten Zahlen verglichen werden. Auch hier folgt der Regierungsrat dem Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Das richtige Mittel, um die unteren Einkommen gezielt zu entlasten, wären mehr Prämienverbilligungen, wie wir es seit Jahren fordern.

Durch die Covid-19-Pandemie kommen in den nächsten Jahren enorme Steuerausfälle und Mehrbelastungen auf Kanton und Gemeinden zu. Die Ausgleichzahlungen für Gemeinden, die die Gesetzesrevision vorsieht, wirken nur kurzfristig entlastend, langfristig werden vor allem städtische, wirtschaftsstarke Gemeinden stark belastet. Wenn man sich die künftigen Einsparungen und Verlagerungen zulasten der Gemeinden und der Bevölkerung ansieht, wird klar: Der Kanton kann sich solche Steuergeschenke nicht leisten. Zudem zehrt der Kanton gerade von den finanziellen Reserven, die in den letzten Jahren durch die ruinöse Abbaupolitik angelegt werden konnten.

Eine gut funktionierende Infrastruktur, Bildungsmöglichkeiten, ansprechendes Freizeit- und Wohnangebot sind für einen attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort ebenso wichtig wie die Steuerstruktur. Diese Angebote werden solidarisch von allen und auch über Unternehmenssteuern finanziert. Mit der vorgesehenen Steuergesetzesrevision nimmt der Regierungsrat Steuerausfälle in der Höhe von 90 Millionen beim Kanton und 42 Millionen bei den Gemeinden in Kauf. Es ist unschwer vorauszusehen, dass für diese Einnahmefälle wieder die ganze Bevölkerung mit Leistungsabbau und Gebühren- und Steuererhöhungen wird bezahlen müssen. Diese zerstörerische Steuerpolitik akzeptieren wir nicht! Die SP wird die verantwortungslose Vorlage deshalb mit allen Mitteln bekämpfen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass ein Referendum nötig sein wird, damit die Stimmberechtigten den unsinnigen Vorschlag an der Urne versenken können.

RESOLUTION DER GESCHÄFTSLEITUNG DER SP AARGAU
FÜR EINEN KANTONALEN MINDESTLOHN

Es braucht einen kantonalen Mindestlohn: Wer arbeitet, soll auch würdevoll leben können

Gerade die Corona-Krise zeigt uns einmal mehr, wie ungerecht die Löhne verteilt sind und wie gross das Missverhältnis zwischen der Wichtigkeit der Arbeit und der Entlohnung ist. Häufig sind es systemrelevante Berufe wie beispielsweise im Gesundheitswesen, im Detailhandel oder im Transportwesen, die so schlecht bezahlt werden, dass ein würdevolles Leben mit diesem Lohn unmöglich ist.

Wir fordern deshalb einen kantonalen Mindestlohn. Wer im Kanton Aargau arbeitet, soll auch würdevoll leben können. Um dies zu erreichen, lanciert die SP Aargau eine kantonale Volksinitiative. Die Geschäftsleitung arbeitet einen Initiativtext auf den ordentlichen Parteitag 2021 aus.

Faire Löhne statt staatlicher Unterstützung

Menschen – allen voran Familien – mit solchen Löhnen brauchen oft staatliche Hilfe in Form von Prämienverbilligungen oder Sozialhilfe. Damit sind sie trotz einer Vollzeitstelle abhängig von staatlicher Hilfe. Und dies auch nach der Pensionierung: Wer einen tiefen Lohn hatte, ist je nach Rentensituation auch im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Faktisch subventionieren die Steuerzahlenden mit diesen Zuschüssen Unternehmen, die Tiefstlöhne bezahlen. Es darf nicht sein, dass Unternehmen Tiefstlöhne bezahlen und der Staat aufrunden muss, damit die Menschen ihre Miete, das Essen und alle Rechnungen bezahlen können.

Ein wirksames Mittel gegen Lohndumping

Ein Mindestlohn ist auch ein sicheres Mittel gegen das Lohndumping. Tiefe Löhne in Form von Lohndumping schaden zum einen den Direktbetroffenen, zum anderen bringen sie das gesamte Lohngefüge unter Druck. Deshalb leiden aufgrund des Lohndumpings nicht nur die Arbeitnehmer*innen, sondern auch alle Arbeitgeber, die ihren Angestellten faire Löhne bezahlen.

Gender-Pay-Gap bekämpfen

Frauen* sind statistisch häufiger von tieferen Löhnen betroffen als Männer*, denn

noch immer verdienen Frauen* für die gleiche Arbeit oft weniger als Männer*. Und besonders im Tieflohnbereich arbeiten übermässig mehr Frauen* als Männer*. Berufe wie beispielsweise Betreuung, Pflege, Bildung, Reinigung, Coiffeurgewerbe und weitere Dienstleistungen haben einen hohen Frauen*-Anteil.

Mit einem Mindestlohn wird endlich dafür gesorgt, dass betroffene Frauen* ihre verdiente Lohnerhöhung erhalten.

Kaufkraft stärken

Auch die Kaufkraft wird durch einen kantonalen Mindestlohn gestärkt. Fast 60 Prozent unseres BIP wird durch den privaten Konsum generiert. Dieser private Konsum ist ein wichtiger Konjunkturstabilisator. Gerade bei Arbeitnehmenden mit tiefem Einkommen wird dort investiert, wo es am wichtigsten ist: In die lokale Wirtschaft. Und nicht etwa wie bei Einkommensmillionären in das Sparkonto oder in Spekulationsobjekte. Zusätzlich profitiert auch der Staat, wenn betroffene Arbeitnehmende genug verdienen, dass sie auch Steuern zahlen können.

Der Mindestlohn funktioniert

Seit 2017 gibt es im Kanton Neuenburg bereits einen gesetzlichen Mindestlohn.

Die Erfahrungen zeigen, dass der Mindestlohn funktioniert: In Neuenburg ist seit der Einführung die Arbeitslosigkeit stärker zurückgegangen als anderswo. Auch die Ausgaben für die Sozialhilfe sind in Neuenburg rückläufig. Auch die Kantone Jura und Tessin sind dem Beispiel gefolgt und haben einen kantonalen Mindestlohn eingeführt. Und im September 2020 hat die Genfer Bevölkerung als vierter Kanton eine Initiative für einen Mindestlohn angenommen. Diese Beispiele zeigen: Ein Mindestlohn funktioniert und wird von der Bevölkerung gewünscht.



Sozialdemokratische Partei
Aarau

KOMMENTAR



Gehörst du dazu?

Durchschnittlich neun Prozent der Stimmberechtigten nehmen an einer Gemeindeversammlung im Aargau teil.

Bekanntlich ist die Teilnahme an Gemeindeversammlungen sehr tief. Im Aargau liegt sie zwischen erschreckenden zwei und achtundzwanzig Prozent. Noch schlechter sieht es mit der aktiven Beteiligung an Gemeindeversammlungen aus. An der Hälfte aller Versammlungen gibt es maximal fünf Wortmeldungen und nur 1,6 Prozent aller Geschäfte werden ergänzt oder erweitert.

Gerade in einem Wahljahr auf Gemeindeebene dürfen wir als SP an den Gemeindeversammlungen nicht schweigen. Deshalb diskutierten wir im Rahmen der ordentlichen Bildungsreihe, wie wir an Gemeindeversammlungen am besten teilnehmen können. Einige Erkenntnisse zusammengefasst:

- 1. Schliesst euch als SP zusammen und teilt euch die Traktanden auf. Es sind zu viele Geschäfte, als dass man sich als berufstätige Person tiefgründig mit jedem einzelnen Punkt beschäftigen kann.**
- 2. Fragt bei der Gemeinde bei Unklarheiten nach. Auf Grund des Öffentlichkeitsprinzips dürft ihr bei der Verwaltung nachfragen, bis euch alle Details der Vorlage klar sind – sie müssen euch alle relevanten Dokumente und Informationen geben.**
- 3. Seid ihr mit einem Traktandum nicht einverstanden? Bereitet Änderungs- und Ergänzungsanträge vor. Oder ist die Vorlage wirklich noch nicht durchdacht? Dann macht einen Rückweisungsantrag, damit sich der Gemeinderat erneut mit dem Traktandum beschäftigen muss. Es kann helfen, den Antrag per PowerPoint zu präsentieren. Diesen solltet ihr beim Gemeinderat ankündigen.**
- 4. Habt ihr neue Ideen für die Gemeinde? Bereitet einen Antrag vor und fordert unter dem Punkt Varia, dass dieser an der nächsten Gemeindeversammlung besprochen wird.**
- 5. Und: Nehmt vor allem Teil an der Gemeindeversammlung.**

Nora Langmoen von Baden ist Präsidentin der SP Bezirk Baden, Einwohnerrätin Baden und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI

Gutes Trinkwasser vom Wasserhahn und nicht aus der Flasche



Martin Brügger
von Brugg ist
SP-Grossrat.

- Gutes Trinkwasser ist das Wichtigste bei unserer Ernährung.
- Eine Kommerzialisierung des Trinkwassers darf nie geschehen, Trinkwasser gehört der Öffentlichkeit. Der Staat und seine Vollzugsstellen haben über die Qualität zu wachen.
- Auf einwandfreie Qualität unseres Trinkwassers (auch aus jedem öffentlichen Brunnen) müssen wir in der Schweiz vertrauen können und darauf stolz sein dürfen.

Wenn nun viele Grundwasserfassungen Grenzwertüberschreitungen von giftigen Substanzen aufweisen, müssen die Alarmglocken läuten. Die Trinkwasser-Initiative hat eine Alarmglocke angestossen. Die Landwirtschaft unternimmt etwas, um Biodiver-

sität und Nachhaltigkeit in der Produktion zu fördern – das ist gut. Freiwillig passiert so etwas aber selten. Die Bevölkerung fordert einwandfreies Trinkwasser. Wenn Kleinkinder Wasser trinken müssen, bei dem der Grenzwert erst knapp durch Zumischung erreicht wird, dann ist das beschämend.

Trinkwasser muss einwandfrei sein, da gibt es keine Kompensationsgeschäfte, keine abwiegelnden Argumente – einfach keine Kompromisse! In der Landwirtschaftspolitik gibt es heute Defizite, gerade bei der Überprüfung der Giftrückstände in Wasser und Böden und bei der Durchsetzung einer



giftfreien Umwelt und Produktion. Die Initiative geht das an. Es liegt an uns, mit dem Stimmzettel einwandfreies Trinkwasser zu fordern.

Die Gegner behaupten, man könne dann nicht mehr konventionell produzieren. Was spricht dagegen, wenn wir in der Schweiz zukünftig mehr Bio-Produktion haben? Was spricht dagegen, dass dann die Qualität der Produkte steigt, vielleicht auch der Preis (auch für den Produzenten!). Wenn heute Bauern kaum einen Drittel des Verkaufspreises der Milch erhalten, die Gewinne aber von den Grosshändlern eingestrichen werden, ist das nicht gut. Nicht gut ist auch, wenn die Grossverteiler bestimmen, welche Ware zu welchem Preis in die Verkaufsstelle kommt – und dadurch auch den Import steuern. Nachher wird dann behauptet, die Konsument*innen verlangten dies. Die Landwirtschaftspolitik müsste hier dagegenhalten, wehrt sich aber lieber gegen diese Volksinitiative.

Bitte setzt ein Zeichen für einwandfreies Trinkwasser! Wenn behauptet wird, die Forderungen seien zu krass – keine Angst. Darum ja am 13. Juni! Ja für gutes Trinkwasser!

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI

Ein Ja gegen Pestizide



Gabi Lauper
von Niederlenz
ist SP-Grossrätin.

«Für eine gesunde Natur als Lebensraum für alle» – in unserem, vor einem Jahr am Parteitag der SP Aargau verabschiedeten Legislaturprogramm 2021–2024 haben wir dazu folgende Forderungen aufgestellt: Biodiversität stärken, eine ökologische Landwirtschaft fördern, konsequenter Gewässerschutz.

Mit der Annahme der Pestizidinitiative am 13. Juni kommen wir diesen Forderungen schweizweit nach. Pestizide werden in der Landwirtschaft als Pflanzenschutzmittel vor

allem bei Obst, Reben, Gemüse, Kartoffeln und Zuckerrüben eingesetzt. Aber auch im Siedlungsgebiet oder durch die SBB werden Pestizide zur «Unkraut» bekämpfung ausgebracht. Dieser Gifteinsatz belastet jedoch die Umwelt erheblich und ist ein wesentlicher Grund für den erschreckenden Rückgang der Insektenvielfalt und -häufigkeit. Als Folge ging im Kulturland der Bestand insektenfressender Vogelarten seit den 1990er Jahren um 60 Prozent zurück. Ebenfalls stark vom Pestizideinsatz betroffen sind die Fliessgewässer im landwirtschaftlichen Einzugsgebiet. Neben dem Verlust der Biodiversität gefährden Pestizid-Rückstände in unserem Trinkwasser und in der Nahrung zudem unsere Gesundheit.

Synthetische Pestizide bergen die höchsten Risiken für Mensch und Natur und werden nur langsam abgebaut. So wurden in Bodenproben sogar noch nach 20 Jahren

biologischer Bewirtschaftung verschiedene synthetische Pestizide gefunden. Wir müssen deshalb jetzt deren weiteren Einsatz verbieten, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern generell.

Dies ist innert zehn Jahren machbar: Bereits hat die SBB beschlossen, bis 2025 auf das Herbizid Glyphosat zu verzichten und stattdessen umweltfreundliche alternative Verfahren wie Heisswasser gegen den Bewuchs der Geleiseanlagen einzusetzen. Auch in der Landwirtschaft gibt es Alternativen. Deshalb unterstützt unter anderem die Kleinbauern-Vereinigung diese Initiative. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem neuen Verfassungsartikel eine ökologische Landwirtschaft stärken, so wie wir es im Legislaturprogramm fordern. Zumal das Verbot synthetischer Pestizide sowohl für inländische als auch für importierte Lebensmittel gelten soll. Dadurch schaffen wir faire Bedingungen für unsere Landwirt*innen.

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2021

Es braucht ein Ja

IM FRÜHJAHR 2020 HAT DER BUNDESRAT SCHNELLSTMÖGLICH MITTELS (ZEITLICH BEFRISTETEN) VERORDNUNGEN – UND LEIDER OHNE EINBEZUG DES PARLAMENTS – AUF DIE CORONA-PANDEMIE REAGIERT. DIE EXEKUTIVE HAT SICH DABEI HAUPTSÄCHLICH AUF DAS EPIDEMIEGESETZ ABGESTÜTZT, DAS IHM IN EPIDEMIOLOGISCHEN NOTLAGEN SPEZIELL IM BEREICH DES GESUNDHEITSSCHUTZES WEITREICHENDE KOMPETENZEN ZUWEIST. DAS EPIDEMIEGESETZ WURDE IN EINER REFERENDUMSABSTIMMUNG 2013 VON DER STIMMBEVÖLKERUNG DEUTLICH ANGENOMMEN.



Yvonne Feri
von Wettingen ist
SP-Nationalrätin.

Das nun vorliegende Gesetz wurde in einem ordentlichen, wenn auch dringlichen, Verfahren mehrmals vom eidgenössischen Parlament beraten und schliesslich in der Herbstsession 2020 von National- und Ständerat mit grossem Mehr verabschiedet. Das Covid-19-Gesetz ist auf die Bewältigung der Corona-Pandemie beschränkt und zeitlich befristet. Es regelt und präzisiert die Befugnisse des Bundesrats zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und bildet damit die Basis für die Fortführung verschiedener epidemiologischer Massnahmen sowie insbesondere für die wirtschaftliche Unterstützung von Arbeitnehmer*innen, Unternehmen und Kulturschaffenden. Es handelt sich dabei nicht um Notrecht.

Das Gesetz beinhaltet unter anderem Bestimmungen zu geimpften Personen, zum Contact Tracing, zu Grenzschiessungen und weiteren Punkten. Hier eine Auswahl:

- Der Bund stellt die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen sicher, damit ein schweizweit funktionierendes Contact-Tracing-System aufgestellt werden kann.
- Der Bundesrat verpflichtet sich, die Reisefreiheit von Grenzgängerinnen zu wahren.
- Die Einreise von Ausländerinnen und Ausländern kann eingeschränkt werden. Ausgenommen sind der Familiennachzug und die Einreise von Konkubinatspartnern.
- Dank diesem Gesetz können unerlässliche Unterstützungsmassnahmen getroffen werden, wie beispielsweise die Härtefallhilfen oder die ausgebauten Kurzarbeitsentschädigungen.
- Das Covid-19-Gesetz ist ein demokratiepolitischer Fortschritt. Es regelt und prä-

zisiert die Kompetenzen des Bundesrates sowie den Einbezug der Kantone und des Parlaments für die Bewältigung der Covid-19-Pandemie.

Gegen das Gesetz wurde von der Gruppe «Freunde der Verfassung» das Referendum ergriffen, weshalb dieses nun zur Abstimmung kommt. Die «Freunde der Verfassung» zweifeln – entgegen der wissenschaftlichen Evidenz – weiterhin an der Bedrohung durch das Corona-Virus und sprechen diesbezüglich von einer «Panikmache» durch Behörden und Medien. Mit dem Referendum soll dem Bundesrat nun ein «Denkzettel» für seine Corona-Politik verpasst werden.

Wir dürfen die Arbeitnehmer*innen, die KMU und die Selbständigen in dieser Krise jedoch nicht im Regen stehen lassen, denn sonst drohen Konkurse, Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Wird das Gesetz am 13. Juni tatsächlich abgelehnt, tritt es nicht sofort ausser Kraft. Da es zum «dringlichen Bundesgesetz» erklärt wurde, bleibt es bei einem Nein an der Urne bis zum 25. September 2021 bestehen. Die Direktbetroffenen würden ab diesem Datum keine Unterstützung mehr erhalten.

Zwar könnten das Parlament und der Bundesrat kurzfristig neue Gesetze zur Unterstützung erlassen, dabei kann es aber zu einem Unterbruch kommen. Viele Unternehmen wären in dieser Zeit in ihrer Existenz bedroht. Und ob sich das Parlament (nochmals) zusammenraufen würde, sei in Frage gestellt. Deshalb brauchen wir ein JA zum Covid-19-Gesetz.



Detaillierte Informationen unter <https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/dokumentation/abstimmungen/covid-19-gesetz.html>

KOMMENTAR



Just Transition – Ein Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit

Der Wirtschaftsstandort Aargau ist für riesige Mengen CO₂-Äquivalente verantwortlich. Dazu kommen mit Holcim in Siggenthal und Jura Zement in Wildeggen zwei der drei grössten CO₂-Emittenten und drei von vier Kernkraft-Reaktoren der Schweiz. Es ist klar, dass diese Industrien umstrukturiert respektive abgestellt werden müssen, um das 1,5 Grad-Ziel noch zu erreichen und um langfristig eine gesunde Umwelt zu garantieren.

Und trotzdem scheinen sich die Aargauer*innen gegen jegliche Klimaschutzmassnahmen zu sträuben.

Nun ist es aber nicht so, dass der Mehrheit der Aargauer Stimmbevölkerung die Zukunft kommender Generationen einfach egal ist. Nein, sie sind zu Recht nicht damit einverstanden, dass Klimaschutz auf die Arbeiter*innenklasse abgewälzt wird. Stattdessen müssen endlich diejenigen Unternehmen Verantwortung übernehmen, welche sich seit vielen Jahrzehnten an der Zerstörung von Umwelt und Natur bereichern.

Darum muss unsere Antwort aus der aargauischen Klimasackgasse heissen: Just Transition. Einen gerechten und demokratischen Übergang im Rahmen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus, der zur Eindämmung der Klimakrise notwendig ist. Arbeiter*innen, deren Arbeitsplätze durch diesen Strukturwandel betroffen, verändert oder bedroht werden, sollen Lohnfortzahlungen oder Pensionen erhalten. Diese werden durch kantonal finanzierte Umschulungen und neue, klimapositive Jobs und Arbeit im Care-Sektor ergänzt. Einfach gesagt: Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden.

David Sommer von Birnenstorf ist Vize-Präsident JUSO Aargau.

KOMMENTAR



NEU IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Für alle statt für wenige – mit allen!

Vor einigen Jahren hat die SP mit ihren Basiskampagnen Neues gewagt, und sie wird inzwischen auch von anderen Parteien kopiert. Die Botschaft der Basiskampagne ist klar: Wir sprechen mit den Leuten, statt bloss über sie. Diese Kampagnen haben die SP und damit auch die Politik näher zu den Menschen gebracht. Das ist ein wichtiger Schritt, doch es sollte für die SP nicht der letzte sein. Dass wir mit den Menschen sprechen, ist schön und gut. Doch damit sich etwas verändert, braucht es neben dem Wort auch die Tat. Und es gibt noch sehr viel zu tun. Aber auch sehr viele Menschen, die etwas tun wollen, was der Klimastreik, der Frauenstreik und während der Corona-Pandemie auch die Hilf-Jetzt-Gruppen gezeigt haben. Es gibt also viele Menschen in diesem Land, die sich in ihrem politischen Engagement nicht bloss auf das Ausfüllen von Wahlunterlagen beschränken möchten. Diese Menschen wollen etwas tun! Die SP muss solchen Menschen die Möglichkeit geben, sich zu organisieren und für ihre Anliegen zu kämpfen. Egal ob Asylsuchende, die für bessere Lebensumstände kämpfen, Einwohner*innen, die gegen die Schliessung der Poststelle protestieren, oder Jugendliche, die für ihre Zukunft streiken: Die SP soll ihre politische Heimat sein, die Strukturen für das Engagement bietet und bei der Vernetzung hilft. Nur so kann die SP für eine gerechte Welt sorgen: nicht bloss für alle statt für wenige, sondern auch mit allen!

Der Informatiker Sandro Covo von Jona ist Mitglied der Geschäftsleitung der JUSO Schweiz und des Vorstands der SP Bezirk Bremgarten. Neu ist er Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Standortbestimmung viamia

DIE ARBEITSWELT WANDELT SICH RASCH. DESHALB IST ES WICHTIG, DIE EIGENE LAUFBAHN AKTIV ZU GESTALTEN. RATSUCHENDE AB 40 JAHREN SIND OFT IN KOMPLEXEN SITUATIONEN, BEI DENEN AUCH AUSSERBERUFLICHE GEBENHEITEN KONFLIKTE MIT DEN LAUFBAHNZIELEN ERZEUGEN KÖNNEN. STUDIEN ZEIGEN, DASS RATSUCHENDE IHRE AKTUELLE SITUATION ALS LAUFBAHNKRISE ERLEBEN, DIE VON BELASTUNG UND UNSICHERHEIT GEPRÄGT IST.



Simona Brizzi
von Ennetbaden
ist SP-Grossrätin.

Um die Berufschancen für ältere Arbeitskräfte zu erhöhen, verabschiedete der Bundesrat vor zwei Jahren verschiedene Massnahmen. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erarbeitete gemeinsam mit den Kantonen das Angebot «viamia», ein kostenloses Angebot für Arbeitnehmende über 40 Jahren. Damit kann eine Standortbestimmung und Potenzialanalyse vorgenommen werden mit dem Ziel, die Laufbahn aktiv zu gestalten und sich für die rasch wandelnde Arbeitswelt zu wappnen. Das Angebot zielt darauf ab, die Arbeitsmarktfähigkeit der Personen über 40 Jahre zu sichern und zu steigern. Seit 2021 nehmen elf Kantone am Pilotprojekt «viamia» teil. Der Kanton Aargau ist nicht dabei.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation, die grossen Veränderungen in der Arbeitswelt sowie der aktuelle Bundesgerichtsentscheid vom März 2021 betreffend Erwerbstätigkeit von Frauen nach einer Scheidung, zeigt die Relevanz und die Bedeutung, die berufliche Laufbahn aktiv gestalten zu können.

Die Gruppe der Wiedereinsteigenden ist uneinheitlicher als noch vor 20 Jahren und umfasst alle Erwachsenen. War bis vor zwei Jahrzehnten eine längere Familienpause für die meisten Mütter noch die Regel, so bleiben heute vier von fünf Müttern beruflich aktiv. Viele Mütter arbeiten in Teilzeit unter 50 Prozent und möchten ihr Pensum nach ein paar Jahren wieder erhöhen. Andere möchten nach einem längeren Unterbruch wieder

ins Berufsleben einsteigen, wieder andere den Beruf wechseln. Allen gemeinsam ist, dass sich die berufliche Weiterentwicklung oft viel schwieriger, herausfordernder und komplexer erweist als geplant.

via.
mia.

Eine erste Auswertung von «viamia» zeigt, dass das Angebot in der Bevölkerung sehr gefragt ist und manche Kantone regelrecht überrannt wurden.

Im Kanton Aargau bietet ask! berufstätigen Personen und Stellensuchenden Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf an. Seit rund fünf Jahren sind diese Beratungen jedoch für Personen mit anerkannter abgeschlossener Erstausbildung auf Sekundarstufe II ab 25 Jahren kostenpflichtig.

Warum der Kanton Aargau sich nicht an diesem Pilotprojekt beteiligt hat, können wir als Grossrätinnen und Grossräte nicht nachvollziehen. Wir haben dem Regierungsrat in einer Interpellation deshalb Fragen gestellt*.

Wir bleiben weiter aktiv, damit soziale und wirtschaftliche Massnahmen zur Bekämpfung der Langzeitfolgen der Krise gemeinsam mit allen Akteuren gemeistert werden können.

* Interpellation der Fraktionen der SP (Sprecherin Simona Brizzi, Ennetbaden), der Grünen und der Mitte vom 23. März 2021 betreffend nationales Projekt «viamia» für die berufliche Standortbestimmung für Arbeitnehmende ab 40 Jahren und Förderung des Fachkräftepotenzials.GR 21.71

«ES IST EIN EINZIGER SCHREI NACH GERECHTIGKEIT»

Die 3. Bildungs- und Kulturreise führte uns zu Iris von Roten

AM 24. APRIL BESUCHTEN WIR – 15 FRAUEN UND MÄNNER VERSCHIEDENER GENERATIONEN – CORONABEDINGT ALS KLEINE GRUPPE UND MIT ABGESPECKTEM PROGRAMM - DAS MUSEUM STRAUHOF IN ZÜRICH. DER BESUCH FAND IM RAHMEN DER 3. BILDUNGS- UND KULTURREISE DER SP AARGAU UND DES GLEICHSTELLUNGSJAHRES STATT.



Die Ausstellung zeigt in verschiedenen Räumen und in eindrücklicher Form einen Einblick in das Schaffen und Leiden von Iris von Roten, insbesondere im Zusammenhang mit ihrem Buch «Frauen im Laufgitter». Das Werk war Ende der 50er-Jahre eine Provokation und eines der meistgelesenen Bücher der Schweiz. Es wurde zum Medienereignis und zum Skandal, da es Fragen stellte an eine «Demokratie», die damals all ihren Bürgerinnen die politischen Rechte verweigerte. Die Folge war, dass es keine weiteren Auflagen gab. Das 600 – seitige Werk verschwand für 30 Jahre. Dass auch die Schweiz eine «Simone de Beauvoir» hatte, geriet in Vergessenheit.

Seit dem Tod Iris von Roten 1990 und 1991 der Neuauflage ist «Frauen im Laufgitter» zunehmend in den Blick nächster Generationen gerückt. Um ein Verständnis zu erhalten, lohnt sich auch ein Blick in das Leben von Iris von Roten.

Sie kommt am 2. April 1917 in Basel zur Welt und verbringt ihre Kinder- und Jugendzeit in verschiedenen Städten im In- und Ausland. 1936 schliesst sie das Jurastudium an der Universität Bern ab. 1939 lernt sie ihren späteren Mann Peter von Roten kennen.

Mit ihm, Nationalrat der katholisch-konservativen Partei, zieht sie 1947 nach Visp und tritt als Anwältin seiner Kanzlei bei. Sie beeinflussen sich beide stark. Am Anfang ihrer Beziehung fordert er von ihr die Konver-

sion zum Katholizismus, sie von ihm das Bekenntnis zum Feminismus. Es ist der Beginn einer gemeinsamen intensiven Zeit.



1949 schreibt Iris von Roten «Frauen im Laufgitter», und Peter von Roten stellt gegen den Willen seiner Partei im Nationalrat mehrere Anträge zur gesetzlichen Ausdehnung der politischen Rechte der Schweizer Frauen, was schlussendlich dann zu seiner Abwahl führt.

1959 lehnen die Schweizer Männer das Frauenstimmrecht im Verhältnis 2:1 ab. Zeitgleich werden in einer Handvoll Schweizer Gemeinden erstmals Frauen an den Urnen zugelassen. Internationale Aufmerksamkeit erhält Unterbäch im Wallis, weil dort am 3. März 1957 Frauen abstimmen dürfen, wenn auch ihre Stimmen ungültig waren. Peter von Roten hat den Prozess als Jurist begleitet. Iris von Roten spielt dabei eine zentrale Rolle.

Es wird dann ruhiger um sie. Sie lebt mittlerweile wieder in Basel, reist viel – gerne auch allein – und widmet sich der Malerei. In den 80er-Jahren dann nehmen ihre gesundheitlichen Probleme zu, sodass sie am 11. September 1990 den Freitod wählt.

«Frauen im Laufgitter» von Iris von Roten – die Polemik zündet weiterhin, die Bestandsaufnahmen sorgen noch immer für Erstaunen. Über die Schweiz von damals. Und nicht selten auch über die Schweiz von heute.

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Grossratsvizepräsidentin 2021.

KOMMENTAR



NEU IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Nico Zobrist

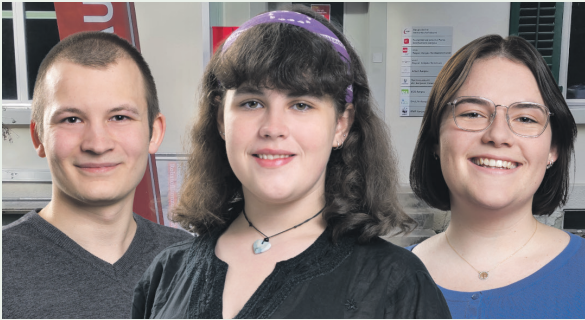
Die alleinerziehende Asylsuchende in ihrer kalten Wohnung, das durch den ersten Lockdown verschuldete Wirtepaar, die Seniorin, die, um sich vor einer Ansteckung zu schützen, nicht selbst in den Supermarkt gehen konnte und der 16-Jährige, der gerne über seine Zukunft mitbestimmen möchte, haben mich in konkreten Projekten im letzten Jahr politisch weiter geprägt und mir aufgezeigt, wieso wir eine starke Sozialdemokratie brauchen, wieso es sich lohnt, systematisch und im Alltag für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen.

Gerecht ist, wenn wirklich alle fair behandelt werden, wenn die ökonomische Existenz gesichert wird, wenn auch nach der Erwerbstätigkeit die eigene Gesundheit noch zählt und wenn wir für die kommenden Generationen planen.

Doch die Asylsuchende und das Ehepaar, der Jugendliche und die Seniorin brauchen eine solide solidarische gesellschaftliche Grundlage. Ein System, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ich setze mich dafür ein, dass wir auf allen Ebenen und mit verschiedenen Wegen zu diesem Ziel kommen können und konkret jeden Tag einen Schritt weiterkommen. Meine Erfahrungen in verschiedenen Gremien inner- und ausserhalb der SP möchte ich nun kantonal einbringen, Verantwortung übernehmen für eine moderne Partei mit engagierten Menschen und gerade meiner Generation weiterhin aufzeigen, wie eine organisierte Linke unseren Kanton verändern kann.

Der Maturand Nico Zobrist von Unterentfelden ist Vizepräsident der SP Entfelden, Mitglied der Energiekommission Unterentfelden und des Vorstands der SP Bezirk Aarau. Neu ist er Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Das neue Präsidium der JUSO Aargau



nicht von alleine, und genau deshalb haben wir uns ins Präsidium der JUSO Aargau wählen lassen. Wir, das sind die 20-jährige Buchhändlerin Zoe Sutter, die 22-jährige Philosophie- und VWL-Studentin Cybel Dickson und David Sommer, der als Informatiker für die UNIA arbeitet. Zusammen machen wir uns für folgende Themen stark:

Solidarität. Ein Wort, welches letztes Jahr in aller Munde war. Solidarität mit systemrelevanten Berufen, mit Flüchtenden, mit marginalisierten Gruppen. Überall wurde diese Solidarität gefordert, doch passiert ist nicht viel und im Kanton Aargau noch viel weniger. Um aber diesen Forderungen gerecht zu werden, muss es in unserem Kanton eine Wende geben. Eine Wende hin zu einer Gesellschaft, in der Solidarität an erster Stelle steht und nicht der Profit. Doch diese Wende kommt

Migration: Solidarität darf sich nicht nur auf sichtbare Probleme beschränken. Sie muss sich auch da zeigen, wo viele wegschauen: In den menschenunwürdigen Flüchtendenlagern an den Aussengrenzen Europas. Wir dürfen unsere Augen nicht verschliessen, wenn Menschen sterben.

Feminismus: Dass dieser Kampf für Gleichberechtigung noch immer bitter nötig ist, dass wir, obwohl wir uns gerne den Fortschrittstempel aufdrücken, doch noch nicht so fortschrittlich sind, auch wenn es

um grundlegende Themen geht. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, arbeiten Mütter öfter Teilzeit als Väter, wird Frauen abgesprochen, selbstbestimmt zu leben. Noch immer haben wir ein Sexualstrafrecht, das Täter*innen mehr schützt als Opfer. Wir brauchen Veränderung, und zwar jetzt.

Klimagerechtigkeit: Bei Massnahmen gegen die Klimakrise darf vor allem eins nicht aussen vor gelassen werden: Klimagerechtigkeit. Die Kosten für die Bewältigung der Krise dürfen nicht auf den Arbeiter*innen lasten, sondern wir müssen sie denen in Rechnung stellen, die dafür verantwortlich sind.

Ende Jahr werden wir über die 99 Prozent-Initiative abstimmen, und um dieser viel Gehör zu verschaffen, werden wir im Aargau eine laute Kampagne veranstalten. Denn wir kämpfen nicht nur für die 99 Prozent. Wir sind die 99 Prozent.

Zoe Sutter von Bremgarten ist neue Präsidentin, Cybel Dickson von Bad Zurzach und David Sommer von Birnenstorf neu im Vorstand der JUSO Aargau.

ABSTIMMUNGEN VOM 13. JUNI 2021 – PAROLEN DER SP AARGAU

Eidgenössische Abstimmungen:

- Trinkwasserinitiative: **JA**
- Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide: **JA**
- Covid 19-Gesetz: **JA**
- CO₂-Gesetz: **JA**
- Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT): **NEIN**

Kanton:

Auf kantonaler Ebene gelangen keine Vorlagen zur Abstimmung.

AGENDA

- 18. Mai 2021, 19 – 21 Uhr, Online via Zoom – **Präsidienkonferenz**
- 27. Mai 2021, ab 20.30 Uhr auf www.sp-aargau.ch/live – **Ausblick auf die Sommersession mit Yvonne Feri, Cédric Wermuth und Gabriela Suter**
- 29. Mai 2021, verschoben auf 20 November 2021 – **Bildungswochenende.** Das Bildungswochenende wird wegen Corona auf einen Tag gekürzt. Weitere Infos folgen.
- 2. Juni 2021, 19 – 20 Uhr, Online via Zoom – **Ordentliche Bildungsreihe: Einführung in die Gestaltung von Social Media Videos.** Mit: Sascha Antenen (Politischer Sekretär SP AG) Zoom-Link auf Anfrage: sekretariat@sp-aargau.ch
- 16. Juni 2021, 19 – 21 Uhr, Online via Zoom – **Lesezirkel «Gleichstellung – gestern, heute, morgen».** 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts. Online-Diskussion zu einem aktuellen Podcast von Isabel Rohner und Regula Stämpfli (diepodcastin.de) Moderation: Claudia Rohrer. Der Link für das Meeting wird im Vorfeld an alle SP-Mitglieder verschickt. Bist du nicht Mitglied und willst trotzdem teilnehmen, dann melde dich bei sekretariat@sp-aargau.ch.
- 19. Juni 2021, 10 – 17 Uhr, Online via Zoom – **Ordentlicher Parteitag**
- 14. August 2021 ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil, vorbehaltlich Corona-Situation (siehe www.fest-der-solidaritaet.ch) – **Fest der Solidarität.** Mit Ronja Jansen, Präsidentin JUSO Schweiz, und Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz.
- 21. August 2021 – **SP Sommerfest 50 Jahre Frauenstimmrecht**

Online-Diskussion mit unseren Nationalrät:innen Ausblick auf die Sommersession



27. Mai um 20:30 Uhr
www.sp-aargau.ch/live



IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 26. April
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 14. Juni
Erscheinen nächste Ausgabe: 28. Juni 2021

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Sascha Antenen, Simona Brizzi,
Martin Brügger, Elisabeth Burgener,
Sandro Covo, Dieter Egli, Yvonne Feri,
Katharina Kerr, Nora Langmoen,
Gabi Lauper Richner, Claudia Rohrer,
David Sommer, Zoe Sutter, Gabriela Suter
und Nico Zobrist.